
2056/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 06.07.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten **Ursula Haubner, Stefan Markowitz**
Kollegin und Kollegen
betreffend **bundesweite Ausweitung der Jugendmobilität**

Am 15.03.2012 sprach Familienminister Mitterlehner im Rahmen der Sitzung des Familienausschusses über ein neues Projekt zum Thema Jugendmobilität. Er meinte damals, es gebe bereits eine Vereinbarung hinsichtlich einer gemeinsamen Lehrlings- und Schülerfahrkarte mit dem Verkehrsverbund Ost. Tatsächlich wurde dieses Projekt dann im Juni 2012 für das Schuljahr 2012/13 in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland wie folgt umgesetzt:

Es ist kein Antragsformular für die Freifahrten der 460.000 Schüler der Ostregion mehr erforderlich und auch kein Zahlschein zur Selbsthaltenrichtung. Für den Schulbesuch in Wien können alle Schüler mit dem von ihrer Schule zu beziehenden Schülerschein entweder die als Basisleistung bekannte Freifahrt Wohnung/Schule um den Betrag von 19,60 € in Anspruch nehmen oder - gegen eine geringe Aufzahlung auf insgesamt 60 € (umgerechnet rd. 3,30 € monatlich zusätzlich!) - für ein ganzes Schuljahr inklusive Ferien alle öffentlichen Verkehrsmittel des VOR-NEU nutzen. Gleiche Leistungen gibt es für Schüler in Niederösterreich und Burgenland mit den Schülertickets des Verbundes jeweils in Verbindung mit der Aufzahlungskarte um 19,60 bzw. 60 €.

Ein ähnlicher Ablauf ergibt sich auch für 41.600 Lehrlinge in der Ostregion: Der Lehrlingsausweis bzw. das Lehrlingsticket des Verbundes wird in Kombination mit der Aufzahlungskarte um 19,60 bzw. 60 € zum Fahrausweis mit dem gewählten Gültigkeitsbereich.

Dieses Projekt ist sehr zu begrüßen, jedoch kommen derzeit nur 40% der Schüler und Lehrlinge in Österreich in den Genuss dieses Tickets. Die Jugendmobilität soll auf alle Bundesländer ausgeweitet werden, deshalb stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden:

ENTSCHLISSUNGSANTRAG:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend wird ersucht so rasch wie möglich dafür Sorge zu tragen, dass alle jungen Menschen in den Genuss des neuen Tickets kommen und somit eine bundesweite Jugendmobilität geschaffen wird, wodurch auch die Ungleichbehandlung zwischen den Schülern und Lehrlingen in der Region Ost und den übrigen Jugendlichen aus den anderen Bundesländern Österreichs beseitigt wird.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Familienausschuss verlangt.

Wien, am 05.07.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.